

# Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 15/20

27.11.2020



Ex-Wirecard-Chef Markus Braun (unten) musste am 19. November vor dem Untersuchungsausschuss erscheinen. Matthias Hauer startet als Obmann der Union die Zeugenvernehmung (siehe S. 2). @ Simone M. Neumann

## Corona-Krise: Mehr füreinander eintreten

In einer Regierungserklärung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag an die Menschen in Deutschland appelliert, bei der Kraftanstrengung zur Eindämmung des Corona-Virus nicht nachzulassen. „Gerade jetzt, da wir so viel an Weihnachten und an den kommenden Jahreswechsel denken, wünsche ich mir und wünsche ich uns allen, dass wir mehr denn je miteinander und füreinander eintreten“, betonte sie. Bund und Länder hatten am Mittwoch beschlossen, dass die Einschränkungen aus November mit der Schließung unter anderem von Restaurants, Theatern, Fitnessstudios und Freizeiteinrichtungen bis zum 20. Dezember verlängert werden. Private Zusammenkünfte mit Freunden, Verwandten und Bekannten sollen auf maximal fünf Personen aus dem eigenen und einem weiteren Haushalt begrenzt werden. Zu Weihnachten sollen jedoch Ausnahmen gelten: dann dürfen im engsten Familien- und Freundeskreis maximal zehn Menschen zusammenkommen, Kinder bis 14 Jahre nicht eingerechnet. Die konkrete Ausgestaltung der Beschlüsse obliegt den Bundesländern. Als Ziel streben Bund und Länder an, dass die Zahl der Neuinfektionen unter 50 pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen gesenkt wird. Nur dann sei gewährleistet, dass die Kontakte von Infizierten wieder nachverfolgt werden können und dass das Gesundheitssystem vor Überlastung geschützt ist.

### Weitere Wirtschaftshilfe und Kurzarbeiter-Regelung verlängert

Die Novemberhilfe für von Schließung betroffene Unternehmen, Solo-Selbstständige, Vereine und Einrichtungen wird in den Dezember hinein verlängert. Für diejenigen Wirtschaftsbereiche, die absehbar auch in den kommenden Monaten erhebliche Einschränkungen hinnehmen müssen, ohne jedoch von Schließungen betroffen zu sein, wird der Bund die Hilfsmaßnahmen bis Mitte 2021 verlängern. Das betrifft insbesondere die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, Solo-Selbstständige sowie die Reisebranche. Das Parlament hat in dieser Woche zudem die Regelungen zum erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld bis Ende 2021 verlängert.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Essenerinnen und Essener!

Mit der Vernehmung ehemaliger Vorstände, Aufsichtsräte und Prüfer von Wirecard ist der Untersuchungsausschuss in den beiden zurückliegenden Sitzungswochen in eine neue Runde gestartet (siehe S. 2). Als Obmann der Unionsfraktion war ich intensiv mit der Befragung der Zeugen sowie der Vorbereitung der Sitzungen befasst. Vor dem Bundesgerichtshof konnten wir erreichen, dass der Ex-Wirecard-Chef Markus Braun vor dem Ausschuss erscheinen musste. Detaillierte Erkenntnisse ergab vor allem die Aussage des Forensik-Experten Alexander Geschonneck, der die KPMG-Sonderprüfung durchführte und damit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung leistete. Unter [matthias-hauer.de](http://matthias-hauer.de) berichte ich detailliert über alle Zeugenvernehmungen und den Stand der Aufklärung im Wirecard-Skandal. Weiter geht es am 10. Dezember mit Zeugen der Abschlussprüferaufsicht APAS.

Der persönliche Austausch ist leider weiterhin nur eingeschränkt möglich. Kommen Sie dennoch bei Fragen oder Anregungen gern auf mich zu (Kontakt siehe S. 4). Bürgersprechstunden führe ich weiterhin durch – derzeit allerdings telefonisch oder digital. Bleiben Sie gesund!

Ich wünsche Ihnen einen schönen 1. Advent.

Ihr

Matthias Hauer MdB

**CDU**



# Berlin

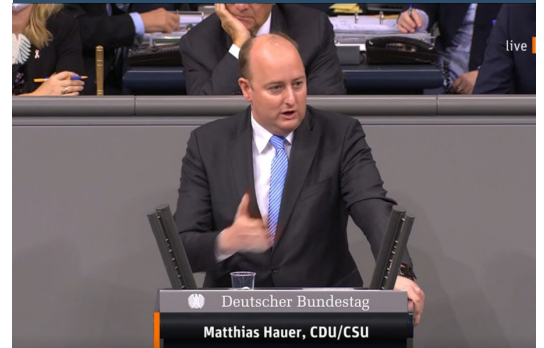


Wirecard-Untersuchungsausschuss: Vor Beginn der Sitzung am 26. November gibt Matthias Hauer MdB der Presse Auskunft zum Stand der Beratungen.

## Vorstände, Aufsichtsräte und Prüfer vernommen

In beiden zurückliegenden Sitzungswochen hat der Wirecard-Untersuchungsausschuss bis tief in die Nacht getagt. Am 19. November wurden in 14-stündiger Sitzung u.a. ehemalige Mitglieder aus Vorstand und Aufsichtsrat der Wirecard AG vernommen. Im Zentrum des Interesses stand die Zeugenaussage von Markus Braun. Braun war 18 Jahre lang Vorstandsvorsitzender der Wirecard AG und wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. In seinem Eingangsstatement sprach er u.a. von „veruntreuten Unternehmensgeldern“ und getäuschten Abschlussprüfern. Trotz intensiver Befragung berief sich Braun danach weitgehend auf sein Auskunftsverweigerungsrecht. Am 26. November brachte v.a. die Vernehmung des KPMG-Forensik-Experten Alexander Geschonneck neue Erkenntnisse. Knapp sechs Monate prüfte er mit seinem Team die Bücher von Wirecard und brachte die Aufdeckung des Skandals damit ein großes Stück voran. Matthias Hauer befragte ihn in der insgesamt 14,5-stündigen Sitzung u.a. zum betrügerischen Drittpartnergeschäft, zu den Treuhandkonten, zum Fonds auf Mauritius, zur Rolle von Vorstand und Aufsichtsräten sowie zur KPMG-Sonderprüfung und zum Abschlussprüfer EY.

## Finanzaufsicht und Anlegerschutz



Matthias Hauer spricht zur Reform der Finanzaufsicht.

### Rede: Finanzaufsicht stärken

Finanzaufsicht und Anlegerschutz stärken – diese Themen hat das Parlament am 20. November debattiert. „Der Skandal um Wirecard hat das Vertrauen in die Finanzaufsicht massiv erschüttert“, sagte Matthias Hauer MdB in seiner Rede. „Wir müssen gemeinsam die richtigen Lehren aus diesem Skandal ziehen.“ Der Essener Bundestagsabgeordnete ist Mitglied im Finanzausschuss und Obmann der Unionsfraktion im Wirecard-Untersuchungsausschuss (siehe auch Artikel links). Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe schon Vorschläge für eine Reform vorgelegt, sagte er. So soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mehr Rechte erhalten, Aufsichtsräte sowie Abschlussprüfer sollen besseren und strengeren Regeln unterliegen. „Wir werden genau prüfen, was die Bundesregierung uns dazu nun an Vorschlägen vorlegt“, betonte er.



Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vor einer Kabinettsitzung im internationalen Konferenzsaal des Bundeskanzleramts © Bundesregierung/ Steffen Kugler

## Eindämmung der Corona-Pandemie

Am 18. November hat der Deutsche Bundestag das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz verabschiedet. „Viele Menschen aus Essen haben mir geschrieben und ihre Sorge darüber ausgedrückt“, sagt Matthias Hauer MdB. „Dabei gibt es auch viele Missverständnisse, über die es aufzuklären gilt.“ Das Dritte Bevölkerungsschutzgesetz ergänzt das Infektionsschutzgesetz um einen Paragraphen, der die rechtliche Grundlage für Maßnahmen der Länder zur Pandemiebewältigung konkretisiert. Nur wenn der Bundestag eine epidemische Lage von nationaler Tragweite feststellt, kann die Bundesregierung diese Maßnahmen ergreifen. Das Parlament kann dabei jederzeit diese Lage für beendet erklären und die Maßnahmen sind im Wesentlichen bis zum 31. März 2021 beschränkt. Die Bundesländer müssen zudem alle Corona-Schutzmaßnahmen begründen und auf vier Wochen begrenzen. Faktencheck unter: [www.cdusu.de/spezial/faktencheck-bevoelkerungsschutzgesetz](http://www.cdusu.de/spezial/faktencheck-bevoelkerungsschutzgesetz)



# Essen

## Aus dem Rathaus



Thomas Kufen führt Julia Jacob ins Amt ein. © Moritz Leick

### Drei Vertreter für Thomas Kufen

Am 4. November hat die konstituierende Sitzung des Rats der Stadt Essen stattgefunden. In der Grugahalle wurde Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) zu seiner zweiten Amtszeit vereidigt. Zudem wählten die Ratsmitglieder die drei Stellvertreter des Oberbürgermeisters: 1. Bürgermeisterin wurde Julia Jacob (CDU) aus Huttrop, 2. Bürgermeister Rudolf Jelinek (SPD) aus Stoppenberg und 3. Bürgermeister Rolf Fliß (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) aus Rütten-scheid. Die drei ehrenamtlichen Bürgermeister erhielten im Rat 69 von 83 Stimmen. Es gab zudem zwei Enthaltungen, elf Nein-Stimmen und eine ungültige Stimme. „Ich gratuliere Julia Jacob, Rudolf Jelinek und Rolf Fliß herzlich zur Wahl und wünsche ihnen ein glückliches Händchen für die Geschicke unserer Heimatstadt“, sagte Matthias Hauer MdB.



Die Sitzungen der neun Bezirksvertretungen finden derzeit Corona-bedingt im Rathaus statt. Dort können die Abstände eingehalten werden. Jede Bezirksvertretung hat 19 Mitglieder.

## Neun Bezirksbürgermeister gewählt

Die neun Bezirksvertretungen haben Bezirksbürgermeister gewählt: In sechs Bezirken wird die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister von der CDU gestellt: Peter Valerius (Bezirk I), Hans Peter Huch (Bezirk II), Margarete Roderig (Bezirk IV), Frank Stienecker (Bezirk VII), Wilhelm Kohlmann (Bezirk VIII) und Gabriele Kipphardt (Bezirk IX). Die SPD stellt mit Hans-Wilhelm Zwiehoff (Bezirk V) und Michael Zühlke (Bezirk VI) in zwei Bezirken den Bürgermeister und die Grünen mit Doris Eisenmen-ger die Bezirksbürgermeisterin im Bezirk III. „Ich gratuliere allen Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern sowie ihren Stellvertreterinnen und Stellvertretern sehr herzlich zur Wahl“, unterstrich Matthias Hauer MdB. „Die Mitglieder der Bezirksvertretungen sind oftmals die ersten Ansprechpartner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Sie leisten damit eine wichtige ehrenamtliche Arbeit für unser Gemeinwesen“, so Matthias Hauer. Der Bundestagsabgeordnete kennt diese ehrenamtliche Arbeit aus eigener Erfahrung: Bevor er 2004 in den Stadtrat gewählt wurde, war er fünf Jahre lang Mitglied der Bezirksvertretung IX.

## Rat bildet neue Ausschüsse

Die Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP und EBB sowie die Gruppe Tierschutz haben bei der konstituierenden Ratssitzung einen gemeinsamen Antrag zur Neubildung der Ausschüsse im Rat gestellt. Insgesamt wird es 14 Ratsausschüsse geben. Im Haupt- und Finanzausschuss obliegt der Vorsitz laut Geschäftsordnung dem Oberbürgermeister. Der Jugendhilfeausschuss wählt seinen Vorsitzenden selbst. Nach dem d'Hondtschen Höchstzahlenverfahren werden bei den verbleibenden zwölf Ausschüssen die Vorsitze und stellvertretenden Vorsitze zugeteilt. Demnach stellt die CDU in fünf Ausschüssen den Vorsitz, die SPD in vier und die Grünen in drei. „Es ist ein gutes gemeinsames Signal der demokratischen Fraktionen, dass eine breite Mehrheit für den Zuschnitt der Ausschüsse erzielt werden konnte“, so Matthias Hauer MdB.



Oberbürgermeister Thomas Kufen bei der Abstimmung über den Antrag zum Zuschnitt der Ratsausschüsse während der Ratssitzung am 4. November in der Grugahalle

# Kontakt



## Büro Berlin

Deutscher Bundestag  
Matthias Hauer MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169  
Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Alexandra Zins,  
Cornelius Gerster, Dirk Stahns und Katrin Arnholz  
© Deutscher Bundestag/Inga Haar



## Büro Essen

Matthias Hauer MdB  
Blücherstr. 1  
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100  
Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Britta Kremer,  
Najma Yari und Felix Paul. © Renate Debus-Gohl

E-Mail: [matthias.hauer@bundestag.de](mailto:matthias.hauer@bundestag.de)

Facebook: [facebook.com/matthiashauer.cdu](https://facebook.com/matthiashauer.cdu)

Instagram: [instagram.com/matthias.hauer.mdb](https://instagram.com/matthias.hauer.mdb)

Twitter: [twitter.com/MatthiasHauer](https://twitter.com/MatthiasHauer)

Internet: [matthias-hauer.de](http://matthias-hauer.de)

